



Liebe Leserinnen und Leser, der internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar ist gleichzeitig weltweite der Aktionstag „Red Hand“.

Die rote Hand steht für ein klares „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Ihre

Antje Tillmann

Finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Starke-Familien-Gesetz

Mit dem Gesetz werden wir Leistungen für Familien mit Kindern mit geringem Einkommen verbessern. Hierzu werden wir den Kinderzuschlag bis zum Jahr 2021 auf 185 € erhöhen.

Zusätzliches Einkommen der Eltern soll den Gesamtkinderzuschlag nur noch zu 45 Prozent mindern. Damit sich der Ferien- oder Nebenjob lohnt, soll das Kindeseinkommen den Kinderzuschlag ebenfalls nur noch zu 45 Prozent, mindern, soweit dadurch nicht mehr als 100 € unberücksichtigt bleiben.

Im Bereich Bildung und Teilhabe ist eine Erhöhung des Schulbedarfs von 100 € auf 150 € sowie ein Wegfall der Eigenanteile bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung und Schülerbeförderung vorgesehen. Zudem soll ein Anspruch auf Lernförderung auch ohne eine Versetzungsgefährdung möglich sein.

Das Gesetz ist neben der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, dem Baukindergeld und dem Gute-Kita-Gesetz ein

weiterer Schritt zur Unterstützung von Familien.

Kinder besser vor Missbrauch schützen

Für uns gehört der Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten kinderpolitischen Aufgaben. Mit einem großen Maßnahmenpaket nehmen wir deshalb den Kampf für einen wirksameren Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexuellen Missbrauch auf.

In dem 26 Punkte umfassenden Positionspapier wird herausgearbeitet, wie künftig Hilfesysteme für die Betroffenen ausgebaut, die Ermittlungstätigkeiten gestärkt, konsequente Strafverfolgung ermöglicht und Präventionsangebote gestärkt und ausgebaut werden sollen.

So planen wir eine Strafverschärfung für den Besitz von Kinderpornographie ebenso wie die Verschärfung des Tatbestandes des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen.

Vorgesehen ist außerdem die Schaffung eines neuen Tatbestandes, der das Betreiben von Handelsplattformen etwa zur Vermittlung kinderpornografischen Materials im sogenannten Darknet unter Strafe stellt. Und schon der Versuch des so-

genannten Cybergroomings – die Kontaktaufnahme pädokrime-
neller Täter mit Kindern im Inter-
net – soll künftig strafbar sein.

Eine weitere Forderung ist darauf
gerichtet, bei Verdachtsfällen von
Kinderpornographie eine gesetzli-
che Meldepflicht für Internet-Ser-
vice-Provider einzuführen.

Auch das Hilfesysteme für Kinder
und Jugendliche soll gestärkt und
ausgebaut werden. So sollen Trau-
ma-Ambulanzen flächendeckend
ausgebaut und Opferentschädi-
gungen schneller bearbeitet wer-
den. Die Mittel für die speziali-
sierten Fachberatungsstellen wer-
den wir erhöhen.

Zudem sind Verbesserungen bei
den Schutzkonzepten und eine
Stärkung des Präventivprogramms
„kein Täter werden“ vorgesehen.

Freihandelsabkommen mit Japan

In der vergangenen Woche trat das
Freihandelsabkommen der EU mit
Japan (kurz: EPA) in Kraft. Die Ver-
handlungen dauerten mehrere
Jahre.

Das Handelsvolumen zwischen
den beiden Ländern betrug 2017
rund 42,4 Mrd. €. Künftig werden
zuerst für 91 Prozent und dann für
99 Prozent aller EU-Exporte die
Zölle abgeschafft. Dadurch werden
deutsche und auch andere europä-
ische Produkte auf dem japani-

schen Markt wettbewerbsfähiger.

Aber auch für deutsche Verbrau-
cher ist das Abkommen eine gute
Nachricht. Denn die EU wird ihre
Zölle sofort für 75 Prozent und
dann für nahezu 100 Prozent aller
japanischen Importe abschaffen.
Japanische Produkte werden so-
mit günstiger.

Änderung des Transplantationsgesetzes

Wir haben in dieser Woche Ände-
rungen beim Transplantations-
gesetz beschlossen. Damit werden
wir die Anzahl der freiwilligen Or-
ganspenden durch gezielte struk-
turelle Maßnahmen in den Kran-
kenhäusern verbessern.

Unter anderem sieht das Gesetz
bundeseinheitliche Freistellungs-

regelungen für Transplantations-
beauftragte in Kliniken und neue
Vergütungsregelungen für Ent-
nahmekrankenhäuser vor, um die
strukturellen und finanziellen Vo-
raussetzungen dort zu verbessern.

Die Änderungen sehen auch die
Einrichtung eines neuro-
chirurgischen und neurologi-
schen Rufbereitschaftsdienstes
und die Einrichtung einer Quali-
tätssicherung in den Entnahme-
krankenhäusern vor.

Außerdem wurden neue Regelun-
gen, die zu einer Verbesserung des
Austauschs von anonymisierten
Schreiben zwischen dem Organ-
empfänger und den nächsten An-
gehörigen des Organspenders füh-
ren werden, verabschiedet.

Diskussion in der Jenaplanschule in Weimar

Anlässlich des ersten Zusammentretens der Nationalversammlung
in Weimar vor 100 Jahren war ich in der Jenaplanschule zu Gast.
Gemeinsam haben wir über unser demokratisches System, das
Grundgesetz und über aktuelle politische Themen diskutiert.



Der stellvertretende Schulleiter Herr Zeil, Katrin Göring-Eckardt und Antje Tillmann